



Eine Information der nordhessischen Bundestagsabgeordneten
Ulrike Gottschalck und Dr. Edgar Franke

SPD



23. September 2016

Inhalt

- 1. SPD erneut stärkste Kraft in Berlin**
- 2. SPD-Parteikonvent und Bundestag befassen sich mit CETA**
- 3. Bundestag berät Bundesteilhabegesetz**
- 4. Bundestag stimmt dem Pariser Klimaabkommen zu**
- 5. Bundesverkehrswegeplan 2030 – Investitionen für Hessen**
- 6. Hessische Gewerkschaftsvorsitzende zu Besuch in Berlin**



SPD erneut stärkste Kraft in Berlin

Nach den Berliner Abgeordnetenhauswahlen am letzten Sonntag bleibt die SPD stärkste Kraft im Berliner Abgeordnetenhaus. Mit 21,6 Prozent der Stimmen erreichten wir Sozialdemokraten 38 der 160 Sitze des Parlaments. 2011 erzielte die SPD noch 28,3 Prozent. Leider haben also auch wir nicht unbeträchtlich verloren.

Die Christdemokraten erzielten ein historisch schlechtes Ergebnis. Mit ihrem Spitzenkandidaten Frank Henkel erreichte die CDU nur 17,6 Prozent der Stimmen. Damit ist die Große Koalition abgewählt.

Die FDP konnte mit 6,7 Prozent der Stimmen die Rückkehr in das Parlament erreichen. Die „Piraten“ schafften es nicht mehr über die Fünf-Prozent-Hürde und versanken in der Bedeutungslosigkeit.

Die AFD ist am Sonntag mit 14,2 Prozent der Stimmen in das Abgeordnetenhaus eingezogen. Ein deutliches Signal an die etablierten Parteien. Das Thema „Flüchtlinge“ ist erkennbar nicht der einzige Grund für die Wahlentscheidung. Auch bei den Themen „Innere Sicherheit“ und „Soziale Gerechtigkeit“ fühlen sich die vielen Menschen von den etablierten Parteien nicht mehr verstanden.

Die LINKE erreichte 15,6 Prozent der Stimmen und liegt damit vor Bündnis 90/Die Grünen mit 15,2 Prozent.

Insgesamt bedeutet das Wahlergebnis viel Spielraum für die anstehenden Koalitionsverhandlungen. Neben dreier Konstellationen mit Beteiligung der CDU wäre unter anderem ein Rot-Rot-Grünes Bündnis denkbar und wahrscheinlich.

Die Koalitionsverhandlungen in Berlin sind sicherlich nicht richtungsweisend für die Bundespolitik. Aber unser Parteivorsitzende Sigmar Gabriel sagt: „Erinnert euch an Willy Brandt! Er hat immer gesagt, wir brauchen in Deutschland eine Mehrheit diesseits der Union!“

SPD-Parteikonvent und Bundestag befassen sich mit CETA

Das geplante Freihandelsabkommen mit Kanada – CETA – begleitete uns auch in dieser Woche intensiv. Zu Beginn der Woche tagte in Wolfsburg der SPD-Parteikonvent – der „kleine“ Parteitag zwischen den Parteitagen. Auf der Tagesordnung stand eine intensive Diskussion über CETA, das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada.

Die Diskussion über CETA verlief kontrovers, Chancen und Risiken wurden eindeutig benannt. Am Ende des Konvents fand sich eine breite Mehrheit für einen Antrag, der die SPD-Anforderungen an das Abkommen und den nun vor uns liegenden Prozess beschreibt. Zur Klarstellung: Es wurde nicht über CETA abgestimmt, sondern darüber, welche Forderungen wir an CETA haben, um diesem Abkommen zustimmen zu können!



In den Verhandlungen mit Kanada ist es Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel bereits gelungen, eine Abkehr von privaten Schiedsgerichten zu erreichen und erstmals überhaupt einen öffentlichen Handelsgeschichtshof in einem Handelsabkommen zu vereinbaren. Weiterhin gelang es, Arbeits-, Umwelt- und Verbraucherschutzstandards im Abkommen zu verankern. Für uns besonders wichtig: Es werden wichtige Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge, etwa die kommunale Wasserversorgung, geschützt.

Gleichzeitig betonte der Parteikonvent die Notwendigkeit weiterer Klarstellungen in Form von rechtsverbindlichen Erklärungen, die unklare Formulierungen eindeutig präzisieren. Der kanadische Premierminister Justin Trudeau hat seine Bereitschaft hierzu signalisiert. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist klar: Globaler Handel erfordert faire Regeln. Das Ringen um CETA hat uns diesem Ziel ein Stück näher gebracht.

Als nächster Schritt steht nun eine ausführliche Beratung des Europäischen Parlaments an. Zudem muss ein ausführlicher Anhörungsprozess mit den nationalen Parlamenten und der Zivilgesellschaft folgen.

Im Bundestag gab es in dieser Woche gleich drei namentliche Abstimmungen zu CETA. Es wurde über Anträge der Fraktion der CDU/CSU und der SPD „Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA): Für freien und fairen Handel“ ([Drucksache 18/9663](#)), der Fraktion DIE LINKE „Gemeinwohl vor Konzerninteressen – CETA stoppen“

([Drucksache 18/9665](#)), sowie der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN „Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) ablehnen“ ([Drucksache 18/9621](#)) abgestimmt.

Bei den Abstimmungen ging es darum, ob der Deutsche Bundestag den Bundeswirtschaftsminister beauftragt, im Handelsministerrat der EU-, den aktuell vorliegenden Vertragsentwurf CETA zur weiteren Beratung in die parlamentarischen Verfahren, in die Parlamente zu geben. Deswegen haben wir für den Antrag der Regierungskoalitionen gestimmt.

Die Anträge der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN simulierten dagegen, dass wir über CETA abstimmen und das ist höflich formuliert, unseriös. Anders als DIE LINKE und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, die schon lange wissen, dass sie gegen diese Freihandelsabkommen sind, und anders als CDU und CSU, die schon lange wissen, dass sie

für diese Freihandelsabkommen sind, haben SPD und SPD Fraktion einen tiefen Diskussions- und Abwägungsprozess angestoßen und organisiert.

In diesem von Bundeswirtschaftsminister Gabriel wesentlich getragenen Prozess, wurde der Vertragstext in seinen rechtlichen, sozialen und kulturellen Zielen so verändert, dass die Kritiker der Ursprungstexte in pro und kontra zusammen geführt werden. Wer diese Veränderungen wahrnimmt, erkennt, wie wesentlich diese Änderungen dem Zusammenhalt unserer Gesellschaft dienen.

Erst im Lichte des weiteren Prozesses im Ratifizierungsverfahren und nach Vorlage der finalen Vertragstexte wird der Deutsche Bundestag abschließend über seine Zustimmung zu CETA entscheiden. Dies kann jedoch noch einige Jahre dauern.

Erste Lesung Bundesteilhabegesetz



Nach den Abstimmungen zu CETA hat der Deutsche Bundestag das Bundesteilhabegesetz beraten. Ziel des von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzesentwurfes ist es, die gesellschaftliche Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen deutlich zu stärken und die Behindertenpolitik in Deutschland im Einklang mit der UN-Behindertenrechtskonvention weiterzuentwickeln. Damit setzen wir eine der entscheidenden sozialpolitischen Reformen dieser Legislaturperiode um.

Eine wesentliche Änderung besteht darin, dass ein grundlegender Systemwechsel eingeführt wird. Aus dem alten Fürsorgerecht soll ein modernes Teilhaberecht werden: Die Eingliederungshilfe wird dafür aus dem „Fürsorgesystem“ der Sozialhilfe herausgeführt und in das neu gefasste Sozialgesetzbuch IX integriert.

Die Fachleistungen der Eingliederungshilfe werden künftig klar von den Leistungen zum Lebensunterhalt getrennt und finanziert. Bislang waren diese Leistungen von der Wohnform abhängig. Zugleich musste ein sehr großer Teil des Einkommens und Vermögens von der Person selbst sowie von dessen (Ehe-) Partner eingesetzt werden. Mit der Erhöhung der Vermögensfreibeträge (ab 2017 bei 27.600 Euro, ab 2020 rd. 50.000 Euro) und der Befreiung der Ehe- und Lebenspartner aus der Finanzierungspflicht wird es den Betroffenen künftig möglich sein, deutlich mehr vom eigenen Einkommen zu behalten.

Das Gesetz sieht außerdem vor, dass die Leistungen der Reha-Träger „aus einer Hand“ zur Regel werden sollen. Künftig wird ein Reha-Antrag ausreichen, um alle notwendigen Leistungen von verschiedenen Reha-Trägern zu erhalten. Ein Netzwerk aus unabhängigen Beratungsstellen soll die Betroffenen zudem über Teilhabeleistungen aufklären.

Ein wichtiges Anliegen des Gesetzes ist die Stärkung der Teilhabe am Arbeitsleben. In einem Budget für Arbeit sind 100 Millionen Euro dafür eingeplant, künftig auch Lohnkostenzuschüsse und Unterstützung im Betrieb zu ermöglichen. Erstmals werden dann auch Assistenzleistungen für höhere Studienabschlüsse wie ein Masterstudium oder eine Promotion ermöglicht. Nicht zuletzt ist uns besonders wichtig, dass auch die Rechte von Schwerbehindertenvertretungen in Unternehmen und Werkstätten gestärkt werden.



Damit sieht der Entwurf, den die Bundesregierung vorgelegt hat, eine ganze Reihe von Verbesserungen für benachteiligte Menschen vor. Deshalb freuen wir uns, dass das Teilhabegesetz nach einer intensiven Erarbeitungsphase nun den

Deutschen Bundestag erreicht hat und im parlamentarischen Verfahren über weitere Verbesserungen beraten werden kann. Der Gesetzesentwurf ist [hier](#) zu finden.

Bundestag stimmt dem Pariser Klimaabkommen zu

Die von Menschen verursachte Klimaerwärmung und ihre Folgen gefährden unsere natürlichen Lebensgrundlagen. Deshalb haben sich Ende des Jahres 2015 beim Klimagipfel in Paris fast 200 Staaten auf ein umfassendes und ehrgeiziges Abkommen zur Reduzierung der globalen Treibhausgasemissionen geeinigt.

Nachdem Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) die grundsätzliche Zustimmung Deutschlands zu den Inhalten des Abkommens mit der Unterzeichnung des Klimaabkommens bereits im April dieses Jahres signalisierte, hat in dieser Woche nun auch der Deutsche Bundestag zugestimmt. Das Abkommen tritt völkerrechtlich bindend in Kraft, sobald es von 55 Ländern ratifiziert wird, auf die mindestens 55 Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen entfallen.



Das Pariser Abkommen regelt einen verbindlichen Rahmen für eine globale Energiewende. Demnach soll die Erderwärmung auf "deutlich unter zwei Grad" im Vergleich zur vorindustriellen Zeit begrenzt und die 1,5-Grad-Grenze dabei möglichst nicht überschritten werden.

In der zweiten Hälfte des Jahrhunderts soll schließlich die sogenannte Treibhausgasneutralität erreicht werden. Die reichen Industrieländer müssen zudem bis 2020 einen konkreten Finanzierungsfahrplan aufstellen, wie sie die vom Klimawandel besonders betroffenen Regionen unterstützen.

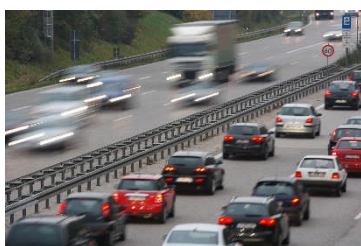
Indes hat die SPD-Bundestagsfraktion schon frühzeitig betont, dass sie das Pariser Klimaabkommen nicht als Endpunkt, sondern als wichtigen Zwischenschritt im Kampf gegen die Erderwärmung ansieht.

Nun kommt es vor allem auf die konsequente Umsetzung der Maßnahmen an. Aus diesem Grund hat Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) in Abstimmung mit Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel den Entwurf eines Klimaschutzplanes 2050 erarbeitet und vorgelegt, der bereits zuvor vereinbarte Ziele im Lichte der Ergebnisse der Klimaschutzkonferenz von Paris präzisiert und mit konkreten Maßnahmen unterlegt.

Sieht der bestehende Klimaschutzplan 2020 vor, die Treibhausgasemissionen in Deutschland bis zum Jahr 2020 um 40 Prozent im Vergleich zu 1990 zu reduzieren, sollen die Treibhausgasemissionen mit dem neuen Programm in einem nächsten Schritt bis zum Jahr 2050 um 80 bis 95 Prozent gegenüber dem Referenzjahr gesenkt werden.

Wenn Deutschland mit der Energiewende erfolgreich zeigt, dass Klimaschutz und wirtschaftliche Entwicklung keine Gegensätze sind, dann senden wir ein entscheidendes Signal: Die Ziele des Pariser Klimaabkommens sind erreichbar.

Bundesverkehrswegeplan 2030 – Investitionen für Hessen



Nicht zuletzt hat der Bundestag in dieser Sitzungswoche den sogenannten [Bundesverkehrswegeplan 2030](#) in erster Lesung beraten. Der Bundesverkehrswegeplan wird alle 15 Jahre erstellt und schreibt für die nächsten 15 Jahre fest, welche Straßen-, Schienen-, und Wasserstraßenprojekte in Deutschland, geplant, finanziert und gebaut werden. Der Kabinettsentwurf, den die Bundesregierung im August dieses Jahres

beschlossen hat, wird nun im Parlament beraten. Im parlamentarischen Verfahren können die Abgeordneten nun auf Änderungen und Verbesserungen hinwirken.

Der neue Bundesverkehrswegeplan, der ein Gesamtvolumen von 269,6 Mrd. Euro umfasst, ist das stärkste Infrastrukturinvestitionsprogramm, das es in Deutschland je gegeben hat. Für Hessen beinhaltet der vorliegende Entwurf viele zentrale Projekte. Dies ist ein besonderer Erfolg unserer Landesgruppe, die sich in Berlin in den letzten Jahren mit Nachdruck und erfolgreich für hessische Infrastrukturprojekte eingesetzt hat.

Am Donnerstag etwa hat der Bund für den Weiterbau der A44 in Nordhessen 229 Mio. Euro freigegeben. Mit dem Geld sollen 7,7 Kilometer zwischen Sontra-West und der Talbrücke Riedmühle gebaut werden. Nun kommt es darauf an, dass auch der hessische Verkehrsminister in die Planung einsteigt, damit weitere für das Land Hessen wichtigen Projekte ebenfalls umgesetzt werden können.



Indessen werden wir uns im parlamentarischen Verfahren für die Hochstufung weiterer hessischer Infrastrukturprojekte einsetzen. Das gilt insbesondere für den Ausbau der A 661, von dem sich die schwarz-grüne Landesregierung offenbar verabschiedet hat: Gegenüber dem Bund hat das hessische Verkehrsministerium von Minister Tarek Al-Wazir dem Projekt eine „absehbar schwierige Durchsetzbarkeit“ attestiert und so faktisch dafür gesorgt, dass der Ausbau der A 661 im neuen Bundesverkehrswegeplan nur mit niedriger Priorität als „Weiterer Bedarf“ eingestuft wird. Diese kurzsichtige Verhinderungspolitik können wir nicht mittragen und werden deshalb versuchen, hier etwas für die betroffenen Regionen zu erreichen.

Hessische Gewerkschaftsvorsitzende zu Besuch in Berlin



Am Mittwochabend trafen sich die hessischen SPD-Bundestagsabgeordneten mit Vertretern der hessischen Gewerkschaften. Zu Gast in Berlin waren Gabriele Kailing, die Bezirksvorsitzende des DGB Hessen-Thüringen, und Jürgen Bothner, der Landesbezirksvorsitzende von ver.di Hessen.

Thema des gemeinsamen Gesprächs war unter anderem die Herausforderung der neuen digitalisierten Arbeitswelt. Alle Anwesenden waren sich einig: Hier muss Zukunft gestaltet werden, man dürfe nicht wie das „Kaninchen vor der Schlange“ sitzen, sondern müsse die Veränderungen politisch einrahmen und begleiten.

Die DGB-Vorsitzende berichtete über die neue Kampagne des DGB zum Thema Rente. Hier fokussiere man sich besonders auf das Thema Altersarmut. Beide Gesprächspartner machten deutlich was das vorrangige Prinzip bei Rentenfragen für sie sei: Wer sein Leben lang gearbeitet hat, muss am Ende mehr haben, als jemand der nicht gearbeitet hat.

Die Runde war sich auch einig darüber das die Einführung der Rente mit 63 ein Erfolgsprojekt sei. Man zeigte sich begeistert, dass widererwartend viele Frauen dieses Angebot in Anspruch nehmen. Zusammen mit der Mütterrente mache das bei den betroffenen Frauen ein Plus von 13 % aus.

Auch tauschte man sich über das in dieser Woche in erster Lesung im Bundestag beratene „[Gesetz zur Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes und anderer Gesetze](#)“ aus. Hier würdigten die Gesprächspartner besonders zwei Neuerungen die klare Regeln für Leiharbeit und Werkverträge schaffen. Die wichtigsten Regelungen seien die Einführung von gleicher Bezahlung für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter nach neun Monaten (sog. „Equal Pay“) und dass zukünftig der Einsatz von Leiharbeitern als Streikbrecher verboten werde.

Abschließend signalisierten und bekräftigten beide Seiten den Willen zu einer engen Zusammenarbeit – nur so könne gemeinsam etwas bewegt und Hessen sozial und gerecht gestaltet werden.

Unsere Tipps:

- **Deutscher Engagementpreis**

Mit dem Deutschen Engagementpreis zeichnet das Bundesfamilienministerium auch in diesem Jahr Einzelpersonen, Initiativen, Organisationen und Unternehmen aus, die sich vorbildlich für das Gemeinwohl einsetzen. Im Rahmen des mit 10.000 Euro dotierten Publikumspreises können Bürgerinnen und Bürger noch bis zum 31. Oktober 2016 für ihren Favoriten abstimmen. Jede Stimme ist ein Zeichen der Anerkennung für die Engagierten – stimmt ab auf www.deutscher-engagementpreis.de/publikumspreis

- **#NichtEgal für ein respektvolles Miteinander**

Unter der Schirmherrschaft von Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig machen sich YouTube-Künstler im Rahmen der Initiative #NichtEgal mit deutlichen Statements stark für ein respektvolles Miteinander. Indem Ihr die Videos der YouTube-Künstler teilt oder von eigenen Ideen, Ansätzen und Aktivitäten unter dem Hashtag #NichtEgal berichtet, könnt Ihr die Aktion unterstützen.

Eine

Information der Bundestagsabgeordneten Dr. Edgar Franke und Ulrike Gottschalck - Wir halten die Infos bewusst kurz, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach!

V.i.S.d.P.:

Dr. Edgar Franke, Ulrike Gottschalck
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Artikelbilder: fotolia